

PÉCS IM 20. JAHRHUNDERT

Die Jahre des Weltkrieges waren auch für Fünfkirchen enorm entbehrensreich. Allerdings entging die Stadt Kriegshandlungen und hatte somit auch keine Kriegsschäden zu beklagen. Als es im Jahr 1918 in der Monarchie angesichts der sich katastrophal verschlimmernden Verhältnisse jedoch immer häufiger zu Antikriegsdemonstrationen kam, wurde auch Fünfkirchen zu einem Brandherd: Im Mai 1918 kam es zu einer Meuterei von Angehörigen der k.u.k. Armee, der sich bewaffnete Bergleute anschlossen. Diese waren schon seit Beginn des Jahrhunderts – 1903 wurde hier die erste Bergbaugewerkschaft gegründet – immer wieder zu Arbeitskämpfen und zu Arbeiterunruhen bereit gewesen und waren ein landesweiter Indikator für sozialen Protest.

Im Oktober und November 1918 überschlugen sich in Österreich-Ungarn die Ereignisse: Am 16. Oktober erließ Kaiser und König Karl sein »Völkermanifest«, am 21. Oktober konstituierte sich die Nationalversammlung Deutschösterreichs, am 28. Oktober wurde die Tschechoslowakei ausgerufen, am 29. Oktober löste sich Kroatien aus dem Reichsverband. Der bürgerlichen »Aster-Revolution« am 30./31. Oktober in Budapest waren ereignisreiche Wochen vorausgegangen, die Macht lag nun bei Arbeiter- und Soldatenräten. Der Waffenstillstand mit dem italienischen Oberkommando am 3. November 1918 war nur mehr eine Bestätigung der Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie, deren Armeen eigentlich nicht mehr existierten und deren Soldaten nun in wildem Durcheinander in ihre jeweiligen Heimatregionen zu kommen versuchten.

Eines der wichtigsten Ziele, das die aus der Aster-Revolution hervorgegangene Regierung von Mihály Károly verfolgen musste, war eine umfassende Waffenruhe. Károly reiste am 7. November nach Belgrad, um mit den Alliierten einen Waffenstillstand für Ungarn abzuschließen. Die Hauptstadt war von serbischen Truppen gerade erst am 1. November wieder eingenommen worden. Die Konditionen der Alliierten unter französischer Führung waren für Ungarn derart erdrückend, dass sie erst nach rund einer Woche – als klar wurde, dass Ungarn andernfalls noch schlechter abschneiden würde – von der ungarischen Delegation unterzeichnet wurden. Das Belgrader Waffenstillstandsabkommen vom 13. November sah vor, dass Ungarn die Gebiete südlich einer Linie von

Fünfkirchen über das Banat und entlang des Mieresch in Siebenbürgen militärisch räumen müsse. Im südlichen Ungarn und im Banat sollten serbische, in Siebenbürgen rumänische Truppen die Besatzungen stellen, während die ungarische zivile Verwaltung aber weiterbestehen sollte. Die Demarkationslinie sollte nicht weit nördlich Fünfkirchens verlaufen. Die endgültige Regelung der staatlichen Zugehörigkeit blieb einem abschließenden Friedensvertrag zwischen Ungarn und den Alliierten vorbehalten.

Wechselvolle Besatzungsjahre

Als die serbischen Truppen jedoch ab dem 14. November einmarschierten, überschritten sie diese festgelegte Linie und besetzten mit der Mecsek-Region das gesamte Fünfkirchener Bergbauggebiet. Die Sicherung der reichen Kohlenvorkommen war für das in einer Neuaufstellung begriffene Land, ein Sieger des Krieges, von eminenter Bedeutung. Damit begann für Fünfkirchen und für die ganze Region eine Periode politischer Wechselbäder. Schon am 1. Dezember wurde das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen ausgerufen, zu dem nun auch das unmittelbar benachbarte Kroatien, seit Jahrhunderten staatsrechtlich ein Teil Ungarns, gehörte. Zugleich gab das neue südslawische Königreich bekannt, dass es die besetzten Gebiete auf Dauer zu behalten entschlossen sei. Mit den Bevölkerungsverhältnissen war dies für das Komitat Baranya nicht wirklich zu begründen, da hier alle südslawischen Gruppen zusammen – Kroaten, Serben, Bunjewatzen, Schokazen – nach der Volkszählung von 1910 nicht mehr als rund 25 % der Bevölkerung ausmachten. In Fünfkirchen selbst war die Zahl mit 688 Kroaten und 125 Serben (1910) verschwindend gering. Unter diesen, zumal unter den Serben auf dem Lande, gab es allerdings durchaus Sympathien für die Besatzungstruppen.

Die Besatzer begannen entgegen den Bestimmungen des Waffenstillstandes mit dem Aufbau einer eigenen Zivilverwaltung. In der Folgezeit sollte sich die Bewohnerschaft der Stadt in ein linkes und ein rechtes Lager spalten, die je nach politischer Lage im nichtbesetzten Ungarn entweder zur Kollaboration mit den Besatzern oder zum Anschluss an den Rest Ungarns neigten. Die auf der Berg- und Industriearbeiterschaft fußende linke Bewegung, in die unterschiedliche Strömungen mündeten, organisierte im Februar/März 1919 einen dreiwöchigen Generalstreik, der



Abb. 18: Wochenmarkt auf dem Dreifaltigkeitsplatz um die Zeit des Ersten Weltkriegs. In der Bildmitte ist die aus der Franziskanergasse kommende Straßenbahn zu erkennen (1913 eröffnet).

sich noch in politischer Einigkeit mit der konservativen Politik gegen eine Abtrennung der Baranya von Ungarn wandte. Doch kurz danach musste die Regierung Károlyi in Budapest aufgrund der unhaltbar gewordenen innen- und außenpolitischen Lage zurücktreten. In unmittelbarer Folge entstand aus der Vereinigung von Sozialdemokraten und Kommunisten der Revolutionäre Regierende Rat, der die Räterepublik Ungarn ausrief. Das neue Regime ging unmittelbar daran, Gesellschaft und Wirtschaft umzubauen, Großbetriebe zu verstaatlichen, die Arbeiterschaft zu stärken. Die mehrheitlich sozialistisch orientierten Arbeiter des Fünfkirchener Bergbaugebiets sympathisierten mit der ungarischen Räterepublik, plädierten für einen Anschluss der Baranya und wechselten in großer Zahl mit mehreren ihrer Anführer ins nicht besetzte Ungarn. Die Verbliebenen drosselten ihren Arbeitseinsatz, sodass der Grubenertrag auf ein Drittel der Friedensleistung sank. Als Konsequenz erfolgte eine allmähliche Annäherung der konservativen Kräfte des Komitats an die serbischen Besatzer, die den früheren Bürgermeister der Stadt, Andor Nendtvich, den sie im Januar 1919 ausgewiesen hatten, zurückholten, um die Lage zu beruhigen. Der konservative Teil der Stadt- und Komitatsbevölkerung, dem auch die katholischen Geistlichen und Orden zuzurechnen sind, schätzte den

Schutz, den die Besatzungstruppen vor dem Chaos und vor dem »roten Terror« im nicht besetzten Ungarn boten.

Nach der Überwindung des Räteregimes in Ungarn durch rumänische Truppen im August 1919 folgte eine Zeit schwacher Regime, bis im November konservative Kreise und Militär die Macht in Budapest übernahmen. Deren »weißer Terror« war nicht weniger grausam als das Vorgehen des Räteregimes und fand erst ab Sommer 1920 ein allmähliches Ende. In dieser Zeit wechselten die Affinitäten in der Baranya: Während sich die konservativen Kreise an Ungarn anzulehnen bestrebt waren und auf eine Wiedervereinigung hofften, lehnten sich die Linken an die serbischen Besatzer an. Zahlreiche verfolgte Kommunisten des Räteregimes fanden nun Zuflucht in der Baranya. Es kam immer wieder zu sozialistischen Demonstrationen in der Stadt und die Konservativen kamen unter starken Beschuss. Ende Mai 1920 richteten die Alliierten eine Militärkommission in Fünfkirchen ein, um die Lage mit Steuern zu können. Unterdessen klärte sich die weitere Zukunft Ungarns: Im März 1920 war der frühere Admiral Miklós Horthy zum Reichsverweser Ungarns, einer Monarchie ohne König, bestimmt worden, der auf Restauration in jeder denkbaren Hinsicht drängte. Und am 4. Juni 1920 kam es im Pariser Vorortpalais Grand Trianon zur Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen den Alliierten und Ungarn. Dieser regelte die Grenzfragen endgültig. Vom Grundsatz her sollte dabei den ethnischen Bevölkerungsverhältnissen Rechnung getragen werden. In der Praxis gab es hiervon aber vielfältige Abweichungen zum Nachteil Ungarns – das Land hatte nur mehr wenige Freunde. Die Trianon-Grenze im Süden Ungarns verlief, vom österreichisch gewordenen Burgenland her kommend, entlang der Drau und schnitt den südlichen Teil der Baranya, etwa ein Fünftel des Komitats, im Dreieck von Drau und Donau ab. Das südslawische Königreich sollte die Erträge der Kohlengruben aber noch für eine bestimmte Zeit abschöpfen dürfen. Bis zur Ratifikation und Umsetzung des Vertrags sollte es aber noch geraume Zeit dauern.

In Fünfkirchen strebten nämlich die Ereignisse einem neuen Höhepunkt zu. Die sozialistischen Strömungen reorganisierten sich und errangen bei Wahlen für Vertretungskörperschaften der Baranya, die Ende August 1920 unter dem Schutz der Besatzer durchgeführt werden konnten, einen fulminanten Sieg. Das Ziel der Linken war eine fünfjährige Autonomie der Baranya unter der Schirmherrschaft der südslawischen Besatzer und des Völkerbundes, anschließend sollte ein Volksentscheid

stattfinden. Damit wollte man dem Anschluss an das erzkonservative Restungarn entgehen. Bürgermeister Nendtvich wurde verhaftet und nach Ungarn ausgewiesen, ein früherer Minister im Kabinett Károlyi hatte die Führung in der Baranya übernommen. Weder Ungarn noch die Alliierten konnten diese Situation jedoch akzeptieren, die Prüfung der Reparationsansprüche des südslawischen Königreichs, des späteren Jugoslawien, zog sich jedoch hin. Nachdem im Mai 1921 entschieden war, in welchem Umfang Belgrad Erträge aus den Kohlengruben zustehen sollten, wurde der Abzug der jugoslawischen Truppen auf Druck der Alliierten ab dem 20. August 1921 vereinbart. Dies war allerdings öffentlich nicht bekannt, und eine Massenversammlung der Gewerkschaften am 14. August 1921 in Fünfkirchen war so stark emotionalisiert, dass sie Fakten schaffen und sich von Ungarn trennen wollte. Sie rief die »Serbisch-Ungarische Republik Baranya« aus – eine erstaunliche, aber keine singuläre Erscheinung an der Peripherie des alten Ungarn in den Wirren nach dem Ersten Weltkrieg. Weitere Gemeinden schlossen sich Fünfkirchen an. Allerdings stand das Datum für den Abzug der Truppen des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen schon fest und somit auch das Ende dieser Republik: Sechs Tage nach Ausrufung der Republik begann der Abzug, in Fünfkirchen waren sie schon am 21. August abgezogen, drei Tage später hatten sie die vorgesehene neue Grenzlinie erreicht. Die Republik Baranya hatte ein Ende gefunden, ungarisches Militär marschierte in Fünfkirchen ein. Ein großer Teil der Serben der Region, teils auch Kroaten, rund 30.000 an der Zahl, zog mit den Besatzungstruppen ins Nachbarland mit, weitere Umsiedlungen folgten Ende der 20er-Jahre.

Die Okkupation der Baranya durch serbische Truppen hatte die Region zwar vor den Erschütterungen des roten und des weißen Terrors im nichtbesetzten Ungarn weitgehend bewahrt. Sie hatte aber andererseits die große innergesellschaftliche Spaltung in traumatischer Weise offenbart. Wie nachhaltig die Erfahrungen der serbischen Besatzungszeit die Bevölkerung von Fünfkirchen belastete, zeigt sich an der Art und Weise der langfristigen Aufarbeitung: Die Präsenz der Serben wurde im Rückblick als das eigentliche Übel in den Vordergrund gerückt, während die sozialen und politischen Verwerfungen und die unterschiedliche Haltung zu den Besatzern möglichst nicht thematisiert wurden. Zum zehnten Jahrestag des Abzugs der Besatzungstruppen wurde 1931 vor der katholischen Stadtpfarrkirche auf dem Széchenyi-Platz eine Gedenkfackel mit einem

ewigen Licht errichtet, das die Erinnerung an die Jahre 1918–1921 nicht erkalten lassen sollte.

Fünfkirchen wird Universitätsstadt

Fünfkirchen fand sich 1921 in einem stark verkleinerten Ungarn wieder, das über zwei Drittel seines Staatsgebiets an Nachbarländer abtreten musste. Vom alten Stephansreich war nur mehr ein »Rumpfungarn« übriggeblieben, das dessen Bewohner in dieser Form nicht wirklich akzeptieren konnten – eine Revision des Vertrags von Trianon war gesellschaftlicher Konsens. Allerdings musste man sich notgedrungen mit der neuen Situation einrichten, und auch Fünfkirchen hielt umgehend Ausschau nach denkbaren Entwicklungsmöglichkeiten. Ungarn hatte zwei seiner Universitätsstandorte verloren: Klausenburg war an Rumänien gefallen, Pressburg an die Tschechoslowakei. Für beide Bildungsstätten, zunächst nach Budapest geflohen und provisorisch untergebracht, mussten neue Heimstätten auf dem verbliebenen Staatsgebiet gefunden werden. Während die Franz-Josephs-Universität Klausenburg nach Szeged umzog und dort ein bis heute prägendes Element der Stadt werden sollte, bewarb sich Fünfkirchen mit allem Nachdruck um die Elisabeth-Universität Pressburg. Diese war erst 1912 eröffnet und in ihrem geplanten weiteren Ausbau durch den Ersten Weltkrieg teilweise gehindert worden. Im Ringen um diese Universität kam der Stadtführung und dabei Bürgermeister Andor Nendtvich eine herausragende Rolle zu.

Dieser konnte sein Amt nach der Rückgliederung an Ungarn wieder antreten. Er wurde bereits seit 1906 immer wieder von Neuem, letztlich drei Jahrzehnte lang, in der Stadtführung bestätigt. Er war der Nachkomme einer bereits seit Beginn des 19. Jahrhunderts in Fünfkirchen heimischen und aus der Zips stammenden lutherischen Familie, die mehrere bedeutende Wissenschaftler hervorgebracht hatte. Auch als erster Bürger der sonst erzkatholischen Stadt hielt er bewusst an seiner Minderheitenkonfession fest. Er galt als äußerst gewissenhafter Sachwalter, der die Stadt mit sicherer Hand lenkte und deren Haushalt solide gestaltete. So war er auch der Richtige, um das große Projekt der Universitätsansiedlung in Fünfkirchen zu betreiben. Trotz eines Regierungsbeschlusses zum Umzug der Universität noch aus dem Jahr 1921 weigerte sich nämlich der Verteidigungsminister, die notwendigen Gebäude in Fünfkirchen frei

